



**Rechtsordnung in der
Corona-Pandemie:
Sozialstaat unter Bewährung!**
— PODIUMSDISKUSSION —

Begrüßung

Monika Paulat

Präsidentin des Deutschen
Sozialgerichtstags e.V.

Moderation

Heike Göbel

Verantwortliche Redakteurin
für Wirtschaftspolitik,
Frankfurter Allgemeine Zeitung

25. Juni 2021

11.00 Uhr bis 14.30 Uhr,
Pause 12.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Potsdam und online

Sabine Schudoma

Präsidentin des Landessozial-
gerichtes Berlin-Brandenburg,
Präsidentin des Verfassungs-
gerichtshofes des Landes
Berlin a.D.

Prof. Dr. Ute Klammer

Professorin für Sozialpolitik
an der Universität Duisburg-
Essen, Leiterin des Deutschen
Instituts für Interdisziplinäre
Sozialforschung

Dr. Rolf Schmachtenberg

Staatssekretär, Bundesminis-
terium für Arbeit und Soziales

Peter Weiß, MdB

Mitglied im Bundestagsaus-
schuss für Arbeit und Soziales,
Vorsitzender der Arbeits-
gruppe Arbeit und Soziales
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion und Mitglied des
Fraktionsvorstandes

Prof. Dr. Constanze Janda

Deutsche Universität für Ver-
waltungswissenschaften Speyer,
Lehrstuhl für Sozialrecht und
Verwaltungswissenschaften

Dr. Joß Steinke

Leiter des Bereichs Jugend
und Wohlfahrtspflege des
Deutschen Roten Kreuzes,
Vorsitzender der Finanzkom-
mission der Bundesarbeits-
gemeinschaft der Freien Wohl-
fahrtspflege

Die Corona-Pandemie hat Gemeinwesen, Gesellschaft und den Staat in kürzester Zeit vor bislang unbekannte und erhebliche Herausforderungen gestellt.

Die Verbote und Einschränkungen zum Schutz der Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen haben nicht nur zur Schließung von wichtiger Infrastruktur und zu dramatischen Einkommensverlusten, sondern auch zu wirtschaftlichen Existenzbedrohungen und Existenzverlusten geführt. Sie haben in besonderer Weise auch Personen getroffen, die auf sozialstaatliche Unterstützung angewiesen sind.

Die aus der Verfassung ableitbare Verantwortung des Staates, die Gesundheit seiner Bürger und Bürgerinnen zu schützen, tritt in einen Wertungskonflikt mit den verfassungsrechtlich garantierten Rechten des Einzelnen und schränkt diese durch die jüngste Gesetzgebung ein. Dabei ist neben dem Gesundheitsschutz und einer verlässlichen medizinischen Infrastruktur die soziale Absicherung der direkt und mittelbar Betroffenen zentraler Handlungsauftrag. In den »Sozialschutzpaketen I bis III«, aber auch in weiteren Gesetzen ist im Rekordtempo und im Rekordumfang neues Sozialrecht in Kraft gesetzt worden.

Es stellen sich grundsätzliche Fragen nach der Wirkung der angeordneten Maßnahmen, deren Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit: Wie können Gesundheitsschutz und Sozialschutz in Einklang gebracht werden? Wer ist besonders schutzbedürftig in seinem sozialen Status? Sind Regierung und Parlament ihrer Verantwortung für soziale Ausgleichsmaßnahmen gerecht geworden? Waren die Maßnahmen klug oder überstürzt?

Diese Fragen greift der Deutsche Sozialgerichtstag e.V. (DSGT) in der Podiumsdiskussion auf und nimmt dabei Menschen in den Fokus, die besonders von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind: Kinder- und Jugendliche, Ältere, selbständig Tätige, Alleinerziehende, Menschen am Existenzminimum und Menschen mit Behinderung. Bei der Podiumsdiskussion sollen der Status quo dargestellt, Probleme benannt und Lösungsansätze diskutiert werden. Viele sozialrechtliche und gesellschaftliche Probleme bestanden auch vor der Corona-Krise; nur in Krisenzeiten werden diese deutlicher und der Handlungsbedarf damit auch drängender.

Veranstaltungsort:

Kongresshotel Potsdam
Am Luftschiffhafen 1, 14471 Potsdam

Hinweis: Ein Hygienekonzept liegt vor. Es gilt die aktuelle Corona-Verordnung des Landes Brandenburg.

Bitte denken Sie an das Abstandsgebot und an das Tragen einer medizinischen Maske.

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Anmeldung über die Homepage:

www.sozialgerichtstag.de

Die Teilnehmerzahl vor Ort ist auf 60 begrenzt.

Weitere Informationen zum Online-Stream erhalten Sie auf der Homepage des DSGT:
www.sozialgerichtstag.de



Der Deutsche Sozialgerichtstag e.V. wird gefördert vom
RICHARD BOORBERG VERLAG GmbH & Co KG ·
Stuttgart · München · Hannover · Berlin · Weimar · Dresden